

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/133

Bonn, den 21. Juli 1970

Seite Zeilen

1 Steuergerechtigkeit und Steuerflucht 51

Unerträglicher Zustand muß dringend beseitigt werden

Von Dr. Hubert Weber SPD-MdB

Mitglied der Bundestagsausschüsse für Recht und für Finanzen

1a Parteeigolismus über Staatsräson 29

Zur CDU/CSU-Absage an Bundesaußenminister Scheel

2 - 3 Bißt die deutsche Sprache an internationalem Wert ein? 87

Aufsehenerregende Ergebnisse einer Teststudie im Iran

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

In weitschauender Friedensarbeit
Leistungen auf Gegenseitigkeit
Berlin ist der entscheidende Punkt
Respekt vor der Haltung der Vertriebenen
Für München in Moskau
Polens Menschenverluste
Willi Weber beendete seine Arbeit
Bundesverdienstkreuz für Karl Kern
Schliesischer Maler in Prag

Steuergerechtigkeit und Steuerflucht

Unerträglicher Zustand muß dringend beseitigt werden

Von Dr. Hubert Weber SPD-MdB

Mitglied der Bundestagssausschüsse für Recht und für Finanzen

Die Bundesregierung will einen weiteren Schritt im Hinblick auf den Abbau der Steueroasen tun und damit den programmatischen Satz des Bundeskanzlers Willy Brandt auf dem Saarbrücker SPD-Parteitag "Privilegien abzubauen" der Wirklichkeit näher bringen. Bereits im DGB-Nachrichtendienst vom 26. März 1970 war auf die große Steuerausfälle hingewiesen worden, die dadurch entstanden sind und täglich neu entstehen, daß Einkünfte von deutschen Steuerpflichtigen der Besteuerung nach deutschem Recht entzogen und nur den weit milderen Steuergesetzen z.B. der Schweiz unterworfen werden.

Auf meine Bundestagsanfrage hatte der Bundesfinanzminister Dr. Alex Möller mitgeteilt, daß "eine statistische Erfassung der Steuerflucht nur in ganz engen Grenzen möglich ist", daß sich aber bei der Auswertung des Stichprobenmaterials "je Fall im Durchschnitt ein angestrebter jährlicher Steuerausfall von mehreren 100.000,-- DM, in den größten Fällen sogar mehreren Millionen DM im Jahr" ergibt. Nach einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums sind in der Zeit von 1959 bis 1964 allein 88 Millionäre und Personen mit einem Einkommen von über 300.000,-- DM in die Schweiz und andere steuerbegünstigte Nachbarländer ausgewandert. Die Zahl der in der Schweiz registrierten Basisgesellschaften beträgt rd. 20.000, davon sind rd. 8.000 mit der Bundesrepublik verbunden. Die Zahl der dortigen Holding-Gesellschaften allein ist von 1958 bis 1968 von 2.000 auf 9.000 angestiegen. Daneben gibt es zahlreiche weitere Erscheinungsformen von Firmen, Gesellschaften, Beratungsgesellschaften usw.

Diese Steueroasen waren und sind vor allem in der Schweiz, in Lichtenstein und einigen überseeischen Ländern beheimatet und ermöglichen deutschen Tochtergesellschaften, Holdings- und sonstigen Briefkastengesellschaften, die lediglich als Sammelbecken für Einkommen und Vermögen dienen und keinerlei wirtschaftliche Funktionen haben, die Verlagerung von Gewinnen und die Hinterziehung von Steuergeldern. Dieser Zustand ist unerträglich.

Da sich die Verhandlungen mit der Schweiz über ein neues Doppelbesteuerungsabkommen immer noch hinziehen, hat Bundesfinanzminister Dr. Möller die Gesetzesinitiative ergriffen und will durch eine gesetzliche Regelung - Steuerfluchtgesetz - diese Mißstände in Zukunft verhindern. Es könnte dabei an bewährte bestehende Regelungen angeknüpft werden. Die USA und andere Länder mit freiem Kapitalverkehr besteuern seit langem Gewinne von Kapitaleignern aus amerikanisch beherrschten Auslandsgesellschaften ebenso wie die im Inland angefallenen Gewinnausschüttungen. Demgemäß sollten auch in der Bundesrepublik alle Gewinne aus von Deutschen beherrschten Auslandsgesellschaften auch dann als steuerpflichtige Gewinne angesehen werden und demnach im Inland versteuert werden, wenn sie in Ausland verbleiben.

Jede solche die Steuerumgehungen beseitigende Regelung ist zu begrüßen. Es kann nur gehofft werden, daß die Koalitionsregierung den Gesetzentwurf bald dem Parlament vorlegt. Die Steuermindereinnahmen des Staates und die ungerechten Steuervorteile dieser "Steuerwunderfirmen" sind durch die Untätigkeit der von der CDU/CSU geführten Regierungen unerträglich geworden und seit langer Zeit ein Schlag ins Gesicht für jeden Steuerzahler, der seinen Steueranteil am Monatsende automatisch abgezogen bekommt.

Parteiegoismus über Staatsräson

Zur CDU/CSU-Absage an Bundesaußenminister Scheel

Die Absage der Unionsparteien auf das Angebot des Bundesaußenminister Scheel, einen Parlamentarischen Beobachter für die nächste Woche in Moskau beginnenden Verhandlungen über den Abschluß eines Gewaltverzichtsabkommens zu entsenden, kommt zwar nicht Überraschend, dennoch wirkt sie durch ihre fadenscheinige Begründung schockierend. Die Teilnahme eines CDU/CSU-Vertreters brauchte gewiß keine Zustimmung zum Verhandlungsergebnis bedeuten, wohl aber hätte sie die deutsche Verhandlungsposition gestärkt. Das haben die Unionsparteien aus parteiegoistischen Gründen ausgeschlagen. Sie haben sich in eine Trotzstellung begeben, für die niemand, der von der geschichtlichen Bedeutung dieser Verhandlungen für unser Volk, für Europa, ja für die ganze Welt weiß, Verständnis aufbringen kann.

Unsere westlichen Verbündeten und alle, die den Frieden sicherer machen wollen und eine Friedensordnung erstreben, in der die Völker Europas ohne Furcht voreinander leben können, begrüßen den nun von der Regierung Brandt/Scheel in einem konkreten Stadium unternommenen Versuch, ein neues Kapitel in der leidvollen Geschichte zwischen dem deutschen Volk und unseren slawischen Nachbarn aufzuschlagen. Nur die Unionsparteien sperren sich, stehen abseits und bekunden damit vor aller Welt, in welcher Isolierung sie sich befinden.

Die Unionsparteien stellen den Parteiegoismus über die Staatsräson und nationalpolitische Notwendigkeiten. Der Kampf gegen die Brandt/Scheel-Regierung und die sie tragenden Parteien ist ihnen wichtiger als die Mitwirkung an einem Vertragswerk, das Schatten einer unseligen Vergangenheit endgültig bannen soll. Wo bleibt hier ihre Verantwortung für das Ganze? Die CDU/CSU hat gewiß ihre geschichtlichen Verdienste, nun ist sie dabei, sich selbst untreu zu werden. Die Absage an Bundesaußenminister Scheel bestätigt sie als eine politisch frustrierte Kraft, die zur Zeit in der Negation verharzt.

+ + +

BÜßt die deutsche Sprache an internationalem Wert ein!

Aufsehenerregende Ergebnisse einer Teststudie im Iran

Welche hervorstechenden Eigenschaften haben nach Ihrer Meinung die Deutschen? Diese Frage stellte dreimal - 1962, 1965 und 1969 - das Institut für internationale Marktforschung und Sozialforschung in München in Zusammenarbeit mit dem Marketing and Public Opinion Research Center in Teheran Angehörigen von iranischen Leitschichten. Bei der letzten Befragung im Jahre 1969, deren Eigenschaftskatalog gegenüber den anderen beiden Testen um einige Punkte erweitert worden war, standen "technisch begabt", "fleißig" und "gründlich" an der Spitze der Vorstellungen, die man von den Deutschen hat. 1965 und 1962, wo der Punkt "technisch begabt" bei den Fragetesten fehlte, standen "fleißig" in Rang 1 und "gründlich" in Rang 2 der Urteilsskala.

Und wie steht es mit der Meinung repräsentativer Gruppen im Iran über die "Kulturfähigkeit" der Deutschen? Die oben genannten Fragen stammen nämlich aus einer Teststudie über die "Wirkungsvoraussetzungen deutscher Kulturpolitik im Ausland" (Erkenntnisse aus einer Modellstudie im Iran), die vom Arbeitsring Ausland für kulturelle Aufgaben e.V., einer vom Bundesverband der Deutschen Industrie getragenen Institution, im Auftrag gegeben war. Die kulturellen Beziehungen Deutschlands zum Iran, die auf eine lange Tradition zurücksehen können, standen im Mittelpunkt dieser Studie, die mit Beratung von Prof. Dr. Erwin K. Scheuch durchgeführt wurde. "So, wie die wirtschaftliche Entwicklung jedes Landes eng mit seinen kulturellen und wissenschaftlichen Aktivitäten verbunden ist, so stehen auch seine Außenwirtschaft und seine Kulturpolitik im Ausland in engen Wechselbeziehungen", sagten dazu in der Einleitung die Professoren Dr. R. Rodenstock und Gustav Stein. Diese enge Verbindung von Kultur und Wirtschaft werde um so bedeutsamer, je mehr ein Land wie z.B. die Bundesrepublik Deutschland mit dem Weltmarkt wirtschaftlich verbunden sei.

In der Befragung 1969 ordnete man den Deutschen mit deutlichem Abstand zu "technisch begabt", "fleißig" und "gründlich" zunächst "Intelligenz" und mit noch weiterem Abstand "Wissenschaftlichkeit" zu. Als "kulturell hochstehend" bezeichnete man sie nur zu neun vH. Die Iraner haben also ein höchst einseitiges Bild von der Bundesrepublik als eines wirtschaftlich und technisch bestimmten Staaten, in dem das Kulturelle mehr und mehr in den Hintergrund getreten ist. Wie die Studie ergeben hat, gilt dieses Bild von der Bundesrepublik fast generell für asiatische und auch lateinamerikanische Länder.

Erschreckende Antworten brachte die Frage "Welches Land hat unter Einbeziehung Asiens, Afrikas, Europas, Lateinamerikas und der USA die höchste Kulturstufe?". Hier entschied man sich zu 34 vH. für Frankreich, 24 vH. für die USA, zu 14 vH. für England, zu je sieben vH. für die Sowjetunion, Schweden und die Schweiz und nur zu vier vH. für Deutschland. Frankreich steht im Vorstellungsbild der Iraner überhaupt an erster Stelle. Befragt, zu welchem Land der Iran die engsten kulturellen Beziehungen habe, nannten die befragten Gruppen zu 74 vH. Frankreich, nur 14 vH. Deutschland und elf vH. England, während Spa-

nien und Italien kaum genannt wurden. Von den Befragten würden 35 vH. ihren Urlaub, wenn sie dazu eingeladen würden, am liebsten in Frankreich verbringen, 19 vH. in England, 14 vH. in Deutschland und Spanien, zehn vH. in Schweden und acht vH. in Italien.

Die junge Generation der Iraner ist offensichtlich alarmierend gering an Deutschland und seiner Kultur interessiert. Eine 1968 durchgeführte Befragung Jugendlicher zwischen 14 und 18 Jahren brachte dies zu Tage. Auf die Frage "Welches Land würden Sie für Erziehung oder Studium bevorzugen, wenn Ihnen bei der Wahl alle Möglichkeiten offen ständen?" entschieden sich von 1.000 befragten iranischen Jugendlichen für: USA 42 vH., Großbritannien 15 vH., Iran selbst 13 vH., Frankreich acht vH., Deutschland sieben vH., Schweden, Italien und Sowjetunion je eins vH. und andere Länder zehn vH. Dieses Ergebnis bestätigt die Erfahrung, die auch mit den in der BRD studierenden Stipendiaten aus der Dritten Welt gemacht wurde, daß sehr viele von ihnen in jedem Falle ein Studium in den USA einem solchen in der BRD vorziehen würden.

Von den Bundesetatmitteln für die auswärtige Kulturpolitik wird der größte Teil für die Verbreitung der deutschen Sprache im Ausland ausgegeben. Sicherlich ist für Ausländer Deutschsprechen der beste Zugang zum Verständnis des deutschen Volkes und seiner Kultur. Doch sind die Erwartungen, die Bonn lange Zeit darin gesetzt hat, überschätzt. Die meisten Ausländer - auch viele der in der Bundesrepublik ausgebildeten gewerblichen Stipendiaten - stellen die sehr praktische Frage, was ihnen die deutsche Sprache im späteren beruflichen Fortkommen nutzt. Und viele antworten nicht, daß sie später im beruflichen Alltag nicht allzu viel Deutsch sprechen würden. Die Modellstudie über den Iran sagt dazu: Auf der Ebene kultureller Bezüge wird Deutsch nur dann gelernt, wenn diese Sprache "den Zugang zu wichtigen Erkenntnissen in Wissenschaft und Technik oder zu einer reichen Kultur aufschließt (Erwin K. Scheuch). Und weiter heißt es, daß man sich bemühe, die deutsche Sprache dort, wo sie im Ausland breit vermittelt wird, überwiegend aus praktischen Gründen zu erlernen. Zumeist beschränke man sich hierbei auf das Notwendigste, und neben den reinen Zweckmäßigkeitsaspekten gebe es nur ganz geringe Prozentanteile, bei denen das wissenschaftliche, kulturelle oder schöngeistige Interesse am Erlernen eine Rolle spiele. So sei dieses praxisbezogene Deutschlernen zumeist zunächst noch ohne kulturellen Bezug und stelle nur unter Umständen die Vorstufe für kulturelle Beziehungen dar.

Heinz Ockhardt

+ + +